Sonntag Reichsstraßensammlung

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 1.20 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 16 — 95. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 19. Januar 1940

Frankreichs Kriegsverbrechen

Ribbentrop-Brief an Bonnet beweist Frankreichs Kriegsschuld

In einer zweiten amtlichen deutschen Veröffentlichung zum französischen Gelbbuch wird der unwiderlegbare Beweis dafür erbracht, daß die französische Außenpolitik im Londoner Schlepptau ihre Selbständigkeit verloren hat und daß die deutsch-französische Friedenserklärung vom 6. Dezember 1938 durch den englischen Blankoscheck für Warschau sabotiert worden ist.

Wie vor kurzem durch die Veröffentlichung von Urkundenmaterial über den Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Paris im Dezember 1938 nachgewiesen worden ist, schien im Winter 1938/39 seit langen Jahren zum ersten Male die Voraussetzung für eine wirkliche und dauernde deutsch-französische Entspannung gegeben zu sein. Deutschland hatte durch den schriftlich bekräftigten endgültigen Verzicht auf eine Revision seiner Westgrenze jedes Uebergreifen seiner Politik auf das Gebiet französischer Lebensinteressen ausgeschlossen; Frankreich hatte durch seinen verantwortlichen Außenminister erklärt, daß sich in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen Fragen seit München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen habe, und damit zu verstehen gegeben, daß die französische Regierung in Zukunft den Lebensinteressen Deutschlands in Mittel- und Osteuropa nicht mehr störend in den Weg treten werde.

England sabotierte Verständigung

Trotz innerpolitischer Widerstände mannigfacher Art ist die französische Regierung bis in den März 1939 von dieser neuen realistischen Politik nicht offen abgewichen.

Erst die seit dem 17. März 1939 zum politischen Programm erhobene englische Einkreisungspolitik hat die hoffnungsvollen Ansätze zu einer deutsch-französischen Verständigung mit einem Schlage zerstört.

Es zeigte sich sofort, daß die französische Außenpolitik jede Selbständigkeit verloren hatte. Bedingungslos folgte Frankreich der britischen Politik. Der englische Blankoscheck für Warschau erhielt auch die französische Unterschrift, die einseitigen englischen Garantien für Rumänien und Griechenland wurden von Frankreich gegengezeichnet, der Türkei im Interesse Englands das Gebiet von Alexandrette überantwortet, und bei den Bemühungen, Sowjetrußland für das Einkreisungsnetz zu gewinnen, spielte Frankreich eine besonders aktive Rolle.

Somit hatte Frankreich bereits im Frühjahr 1939 durch seine aktive Teilnahme an der antideutschen Einkreisungspolitik der deutsch-französischen Erklärung die Grundlage entzogen. Trotzdem ist der französische Außenminister Mitte Juli 1939 nochmals von maßgebendster deutscher Seite auf seinen politischen Kurswechsel festgenagelt und auf die verhängnisvollen Folgen der Polen gegebenen Blankovollmacht hingewiesen worden.

Am 1. Juli war dem deutschen Botschafter vom französischen Außenminister eine schriftliche Notiz zur Weiterleitung an Reichsaußenminister von Ribbentrop übergeben worden. Hierin hatte Bonnet behauptet, daß im deutsch-französischen Abkommen ein Vorbehalt hinsichtlich der fortdauernden Geltung des französisch-polnischen Bündnisses enthalten sei und gleichzeitig erklärt, daß Frankreich fest entschlossen wäre, die Polen gegebenen Versprechungen unter allen Umständen einzulösen.

Der Wortlaut des Ribbentrop-Briefes

Der Reichsaußenminister beantwortete diese französische Drohung mit dem folgenden Schreiben an den französischen Außenminister:

Persönlich! Fuschl, den 13. Juli 1939.

Sehr geehrter Herr Bonnet,

Sie haben Graf Welczek am 1. Juli eine für mich bestimmte persönliche Notiz übergeben, deren Inhalt es nunmehr auch mir zur Pflicht macht, Euerer Exzellenz klar und unmißverständlich die Einstellung der Deutschen Regierung zu den deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen und zu der Danziger Frage im besonderen bekanntzugeben.

Die Deutsche und Französische Regierung haben am 6. Dezember 1938 eine Erklärung unterzeichnet, wonach sie feierlich die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Grenzen als endgültig anerkennen und wonach sie alle ihre Kräfte einsetzen wollen, um friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern sicherzustellen. Diese Erklärung war auf seiten der Reichsregierung die logische Folge der von ihr seit der Machtübernahme konsequent verfolgten Politik der Verständigung mit Frankreich, einer Politik, an der sie grundsätzlich auch heute noch festhalten möchte.

Die Voraussetzung für Verständigung

Was Ihre Bemerkung über den in dem Artikel 3 der deutsch-französischen Erklärung aufgenommenen Vorbehalt bezüglich der besonderen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zu dritten Mächten anlangt, so trifft es keineswegs zu, daß dieser Vorbehalt eine Anerkennung besonderer Beziehungen Frankreichs zu Polen in sich schlösse. In den Besprechungen, die in Berlin und Paris bei den Vorverhandlungen über die Erklärung und bei Gelegenheit ihrer Unterzeichnung stattgefunden haben, bestand vielmehr volle Klarheit darüber, daß sich der Vorbehalt auf das besondere Freundschaftsverhältnis Frankreichs zu England und Deutschlands zu Italien bezöge. Insbesondere haben wir bei unseren Besprechungen am 6. Dezember 1938 in Paris übereinstimmend die Respektierung der beiderseitigen vitalen Interessen als Voraussetzung und als Grundsatz der künftigen Entwicklung guter deutsch-französischer Beziehungen festgestellt. Dabei habe ich ausdrücklich auf Osteuropa als deutsche Interessensphäre hingewiesen, und Sie haben — ganz im Gegensatz zu der Behauptung in Ihrer Notiz — damals Ihrerseits betont, daß sich in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen Fragen seit der Konferenz von München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen habe.

Mit diesen von uns Anfang Dezember festgestellten Standpunkt steht es in direktem Gegensatz, daß Frankreich den großzügigen Vorschlag des Führers an Polen zur Regelung der Danziger Frage und die etwas eigenartige polnische Reaktion zum Anlaß genommen hat, mit Polen neue, verstärkte Bindungen gegen Deutschland einzugehen.

Am Schluß Ihrer Notiz werden diese Bindungen dahin charakterisiert, daß jedes militärische Eingreifen Polens bei einer Veränderung des status quo in Danzig Frankreich veranlassen würde, Polen sofort militärisch beizustehen.

Zu dieser Politik der Französischen Regierung habe ich folgendes zu bemerken:

Grundsätzliche Ablehnung einer Einmischung Frankreichs

1. Deutschland muß, ebenso wie es sich niemals in vitale französische Interessensphären eingemischt hat, eine Einmischung Frankreichs in seine vitalen Interessensphären mit aller Entschiedenheit ein für allemal ablehnen. Die Gestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn berührt keinerlei französische Interessen, sondern ist ureigenste Angelegenheit der deutschen Politik. Die Reichsregierung sieht sich daher nicht in der Lage, Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen mit der Französischen Regierung zu erörtern oder dieser gar das Recht zu einer Einflußnahme auf Fragen zuzugestehen, die mit der zukünftigen Gestaltung des Schicksals der deutschen Stadt Danzig zusammenhängen.

Polen beantwortete Führerangebot mit Kriegsdrohung

2. Zu Ihrer persönlichen Orientierung über den deutschen Standpunkt in der polnischen Frage will ich aber folgendes sagen:

Die Polnische Regierung hat das historische einmalige Angebot des Führers zur Regelung der Danziger Frage und zur endgültigen Konsolidierung der deutsch-polnischen Beziehungen mit Kriegsdrohung beantwortet, die man nur als seltsam bezeichnen kann.

Es ist im Augenblick nicht zu erkennen, ob die Polnische Regierung diese eigenartige Einstellung revidieren und zur Vernunft zurückkehren wird. Solange sie aber bei dieser unvernünftigen Haltung bleibt, kann dazu nur gesagt werden, daß jede Verletzung Danziger Bodens durch Polen oder eine mit dem Ansehen des Deutschen Reiches nicht zu vereinbarende Provokation seitens Polens mit dem sofortigen deutschen Vormarsch und der Vernichtung der polnischen Armee beantwortet werden würde.

Frankreichs Verantwortung für den Krieg

3. Die bereits erwähnte, im Schlußsatz Ihrer Notiz enthaltene Feststellung würde nach ihrem Wortlaut bedeuten, daß Frankreich Polen das Recht zugesteht, sich jeder beliebigen Aenderung des Status quo in Danzig militärisch zu widersetzen und daß, wenn Deutschland eine solche Vergewaltigung deutscher Interessen nicht duldet, Frankreich Deutschland angreifen will. Sollte dies tatsächlich der Sinn der französischen Politik sein, so müßte ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß solche Drohungen den Führer in seinem Entschluß, die deutschen Interessen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wahrzunehmen, nur noch bestärken würden.

Der Führer hat immer die deutsch-französische Verständigung gewünscht, und einen nochmaligen Krieg zwischen den beiden Ländern, die durch keinerlei vitale Interessengegensätze mehr getrennt werden, als Wahnsinn bezeichnet. Liegen die Dinge aber so, daß die französische Regierung den Krieg will, so wird sie Deutschland jederzeit bereit finden. Die Verantwortung für einen solchen Krieg würde dann ausschließlich die französische Regierung vor ihrem Volk und vor der Welt zu tragen haben.

Angesichts der angenehmen persönlichen Beziehungen, die ich mit Euerer Exzellenz gelegentlich der Unterzeichnung der Erklärung vom 6. Dezember 1938 aufnehmen konnte, bedauere ich, daß Ihre Notiz mich zu dieser Erwiderung gezwungen hat. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß letzten Endes doch noch die Vernunft obsiegen und das französische Volk erkennen wird, wo seine wahren Interessen liegen. Nachdem ich mich seit über 20 Jahren für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt habe, würde das auch für mich persönlich die Erfüllung eines aufrichtig empfundenen Wunsches sein.

Mit den besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Joachim von Ribbentrop.

Paris überhörte deutsche Warnungen

Frankreich ist also im Juli, noch ehe die polnischen Provokationen ihren Höhepunkt erreicht hatten, eindringlichst vor den Folgen der von England gewollten aggressiven Haltung Polens gewarnt worden. Es wurde nicht der geringste Zweifel darüber gelassen, daß der dringende Wunsch Deutschlands nach Verständigung mit dem westlichen Nachbarn seine natürliche Grenze in der Notwendigkeit der Wahrung der deutschen Lebensinteressen und des Schutzes des deutschen Volkstums finden mußte. Sollte Frankreich die Einmischung in ureigenste Angelegenheiten der deutschen Politik bis zum Angriffskriege treiben, so würde es Deutschland bereit finden, diesen ihm aufgezwungenen Krieg aufzunehmen.

Alle diese Warnungen sind in den Wind geschlagen worden. Die französische Regierung ist England bis zuletzt gefolgt. Somit wird sie vor ihrem Volk und vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß am Ende aller deutschen Bemühungen um den Frieden am Rhein wiederum der Krieg steht.

•

Verrat am Frieden

Der Ribbentrop-Brief ist eine Ergänzung zu der kürzlich veröffentlichten amtlichen Verlautbarung über gewisse Unrichtigkeiten des französischen Gelbbuches. War schon in dieser Verlautbarung durch eindeutige Dokumente nachgewiesen, daß Frankreich unter englischer Einwirkung die Verständigung mit Deutschland aufgegeben und somit einen Verrat an der deutsch-französischen Friedenserklärung vom 6. Dezember 1938 verübt hatte, so nagelt der Brief des Reichsaußenministers den Außenminister Frankreichs fest.

Die unwiderlegbare Wahrheit ist die: Der damalige französische Außenminister Bonnet hatte nach der Konferenz von München Deutschland gegenüber eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich eine grundlegende Aenderung seiner Ostpolitik vornehmen werde. Damals ist das Wort von dem französischen „Desinteressement" im Osten gefallen. Frankreich wollte sich, wie Bonnet und seine Mitarbeiter versicherten, nunmehr auf die Festigung der Verhältnisse innerhalb seines Imperiums be-

Hungerkrieg mit neutraler Hilfe

Englands Blockademinister enthüllt die brutalen britischen Methoden

Der Blockademinister der englischen Kriegsverbrecherregierung, Croß, gab im Unterhaus einen Ueberblick über die bisherigen Erfolge Englands im Hungerkrieg gegen Deutschland. Die Rede des Ministers war sehr aufschlußreich insofern, als der für den Hungerkrieg verantwortliche Mann einmal zugeben mußte, daß die Blockade Deutschlands heute schwieriger ist als im Weltkrieg, und zweitens, als er mit geradezu brutaler Offenheit die Einspannung der Neutralen in den Hungerkrieg als Londons vornehmste Aufgabe bezeichnete.

Blockademinister Croß ging von der Feststellung aus, daß Deutschland durch die „Organisierung seiner Wirtschaft schon lange vor Kriegsbeginn" einen großen Vorsprung gegenüber den Westmächten habe, den die westdemokratische Wirtschaft vergeblich aufzuholen versuche. Dadurch sei Deutschland „technisch stärker als im Weltkrieg". Zudem sei nur die französische Grenze geschlossen, während die übrigen Nachbarn Deutschlands neutral seien. Außerdem hätten, so stellte Minister Croß fest, die Zufuhrkanäle kriegswichtiger Güter nach Deutschland gegenüber 1914 gewaltig zugenommen.

Spionagenetz über die neutralen Staaten

Auf Grund dieser Erkenntnis enthüllte der Blockademinister Englands brutale Methoden, um vor allen Dingen die kleinen neutralen Länder in Europa zur Beteiligung an dem Hungerkrieg gegen Deutschland zu zwingen. Mr. Croß sprach von einer „neuen Technik" und von einem „System von Kontrollstützpunkten", mit dessen Hilfe England den neutralen Händlern entgegentrete, die „durch schlaue Kniffe die Bestimmungen ihrer eigenen Regierungen zu umgehen versuchten". Dieses Kontrollsystem ist, um es gleich eindeutig festzustellen, nichts anderes als ein ausgedehntes Spionagenetz, das die Londoner Kriegsverbrecher über die kleinen neutralen Staaten ausgebreitet haben, und mit dessen Hilfe sie jeden neutralen Kaufmann in ihre Gewalt zu bekommen bemüht sind. Mr. Croß rechtfertigte diese Maßnahmen damit, daß England gegenüber den Neutralen „von dem Recht der Kriegführenden vollen Gebrauch machen müsse".

Blockademinister Croß wies weiter auf das System der Seezertifikate, d. h. der von England ausgestellten Bescheinigung, die einem neutralen Schiff das Recht geben, die vorgeblich von England beherrschten Meere zu befahren, und auf die Verhandlungen über Kriegshandelsabkommen und die Konterbandekontrolle hin und schloß seine Rede mit den Sätzen:

„Unser Ziel ist es, um das von Deutschland kontrollierte Gebiet einen Ring zu legen. England wartet auf den Tag, an dem es das deutsche Wirtschaftsleben so abgewürgt hat, daß es die Anstrengungen des Krieges nicht mehr aushalten kann."

Ein offeneres Eingeständnis der völkerrechtswidrigen Methoden Englands zur Durchführung seines Hungerkrieges gegen Deutschland hat bisher noch kein englischer Minister abgelegt.

*

Die wöchentliche englische Uebersicht über die Schiffe in den drei britischen Konterbandekontrollhäfen ergibt, daß sich am 16. Januar in diesen Häfen 31 Schiffe befanden. In der Woche vom 6. bis 13. Januar wurden die Ladungen von 161 Schiffen geprüft, die seit dem 6. Januar eingetroffen waren, außerdem wurden aus der Vorwoche 35 Ladungen untersucht. In demselben Zeitraum wurden 3364 Tonnen verschiedener Waren beschlagnahmt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF